

Dr.-Ing. Günter Briese

E-Mail: drgbriese@gmail.com Mobil: 0173 / 644 78 03

in enger Zusammenarbeit mit der SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM,

Stubenrauchstraße 71, 15732 Eichwalde

Landkreis DAHME-SPREEWALD
- LANDRAT -
HERRN STEPHAN LOGE - PERSÖNLICH -
REUTERGASSE 12
15907 LÜBBEN (SPREEWALD)

per E-Mail an landrat@dahme-spreewald.de

Eichwalde, den 14. Juli 2016

Az.: Io. + EG

Ihr Schreiben vom 7. Juli 2016 (Postst. 12.7., erh. 13.7.16)

Ihr Zeichen - (Bearb.: Heiko Jahn)

Mein Schreiben vom 20. Juni 2016

Kritische Situation des BER-Projektes
in technischem, juristischem und finanziellem
Sinne

Sehr geehrter Herr Landrat,

für Ihr vorg. Schreiben möchte ich Ihnen vielmals danken.
Es ist beruhigend zu hören, daß die Genehmigungsbehörde des
Landkreises hohe Akzeptanz genießt und somit die Beachtung
einschlägiger Gesetze zum Bauantrag sichergestellt ist, zu-
mal es die Freiwillige Feuerwehr des Landkreises ist, wel-
che auch ggf. zum Einsatz kommt und deren Gesundheit und Le-
ben bedroht wären, wenn Genehmigungen leichtfertig erteilt
würden. Somit könnten ggf. auch Mitstreiter aus unseren Rei-
hen betroffen sein!

Mein Schreiben an Sie erfolgte auch, weil die Einhaltung
geltenden Rechts außerhalb Ihres Amtes und zu anderen Sach-
gebieten eben leider keine Selbstverständlichkeit bei der
Bearbeitung des BER-Projektes darstellt.

Die daraus resultierende aktuelle kritische Situation ist
aus den nachfolgend gen. Schreiben (gleichzeitig Anlagen)
ersichtlich;

- 1969-2014 45 Jahre Autor zu Vollschriftsthemas
in zwei Wirtschaftssystemen
- 1952 Betrieblicher Techniker-Abschluß,
Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow
- 1957 Ing. für elektrische Anlagen und Geräte,
Fachschule für Schweremaschinenbau und
Elektrotechnik Berlin-Lichtenberg
- 1973 Hochschul-Ing. für Elektronik-Technologie,
Humboldt-Universität zu Berlin, Sekt. Elektronik
- 1973-75 Diplomierung und Promotion als Vater
mit Untersuchungen zur Systemisierbarkeit
von Entwurfsprozessen aller Art mit Hilfe von
heuristischen, Simulations- und algorithmischen
Programmen;
- 1972, 1974 Pflichtpreisträger und Humboldtpreisträger
der Humboldt-Universität von Berlin
- 1957-64 Akademie-Dozent für Mechanik, Physik
und technische Fächer
- 1990-96 Rechtsanwältin und Bearbeiterin juristischer
Grundrechtsfragen im DEUTSCHEN MIDEFOND (DMF)
- 1994 Lehr- und Vortragstätigkeit zu allgemeinen
Rechts- und Sozialfragen im Auftrag des
Landesparlamentes Cottbus
- 1953-73 Selbständiger Konstrukteur
- 1973-91 Ingenieur für erwerbsbegleitende
Standardisierung/Normung
- 1994 Bauleitplaner
- um 1960 Veröffentlichung "Zum Thema Preistoffmangel" mit
der Berechnung möglicher fertigungsbedingter
Maßnahmen für Typen, Sorten und Gängen
für Duroplast-Feststoffteile, MASSE UND KAUTSCHUK
- 1966 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Vollwirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus zum
Austausch Plastverarbeitung
(Verhinderung der Einführung des sozietischen
Ost-Toleranz- und Passungssystems zugunsten
der Einführung des internationalen
ISA/ISO-Toleranz- und Passungssystem)
- 1969-70 Leiter privater interdisziplinärer Forschungsgruppe
zur Studie zur Substitution von Metall durch Plastik
in der Vollwirtschaft i.A. des ASW Berlin
Teil1: Ermittlung erforderlicher Aufgaben
für Forschung/Entwicklung und Standardisierung,
Teil2: Entwicklungs-Aufgabenfolge-Netzplan,
Kosten-Nutzen-Analyse
mit den Co-Autoren
Dr. Wilfried Schauf, Zentrallaboratorium für
Plastverarbeitung Leipzig und
Dipl.-Phys. Dieter von Strauß, TU Dresden
- 1968-69 Berechnung der Relation von geometrischer Toleranz
(statist. Methode) zu arithmetischer Toleranz
(worst-Case-Methode) für Maßketten zur Erzielung
von Fertigungskostenminimierung durch größere
Bestelltoleranzen (unveröffentlicht, aber erprobt)
- um 1970 Ermittlung der Parameter des Elastifizierungsprozesses
von Duroplastformteilen aus Abmaß-Mißmaß-
Verteilungen, Eröffnungsvortrag der Sektion
Plastverarbeitungstechnik einer der Internationalen
Fachtagungen MASTIPZ des Komitee der Technik, Dresden
- um 1975 Analyse des volkswirtschaftlichen Ringelplanens
der Sowjetunion im Rahmen des Promotionsverfahrens,
Humboldt-Universität zu Berlin
- 1980 Wissenschaftliche Arbeit zum Schutz der
Vollwirtschaft gegen das Sinken des
wissenschaftlich-technischen Niveaus
(Verhinderung der Einführung der sozietischen
Zurechnungsmethoden in der Maß-, Steuer- und
Regelungstechnik)
- 1980 Dissertationsskizzenfassung in FEINGERÄTEFABRIK
29(1980) H.4 S.182
- Jan. 1990 Vorschläge zum Übergang der Vollwirtschaft
von der Planwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft
mit ökonomischen Stimuli über MELES FORM an
Zentralen Runden Tisch und Regierung
- 1996/97 Vorschlag zur Einführung einer Tobin-Steuer
(Spekulations-Dämpfung) und eines neuen
Bretton-Woods-Abkommens (Sechste Wechselkurs-
an die Oppositions-Parteien des Deutschen Bundestages
zur Beilegung von Globalisierungsproblemen
noch vor der EURO-Einführung)
- 2003-04 Vorschläge zur Einführung des Bruttoerzeugnis
(BEP) als volkswirtschaftliche Kenngröße für den
Beitritt zur EURO-Zone an die Bundesregierung und
an die Landesregierung Brandenburg
- 2008-09 Vorschläge zu kurz- und mittelfristigen Maßnahmen
für die Beilegung der Welt-Finanz- und -Wirtschafts-
Krisis sowie zur Vermeidung ähnlicher Krisen
- 1994-2014 Kritischer Begleiter des Emissionsprozesses
Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)
durch Veröffentlichungen, Petitionen, Vorträge,
Vorschläge, Auswertungen und Presse-Informationen
und -Erklärungen im Rahmen der EICHWALDER BE FÜR
FLUGSICHERHEIT, ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND
NACHHILFENETZ in der Bürger-Initiative
NOTWEHR Anlieger BER.
in enger Zusammenarbeit mit der
SCHULZENDORFER INTERESSENGEMEINSCHAFT GEGEN FLUGLÄRM
(vgl. <http://berlin-brandenburg-21.de>
sowie www.eichwalde.com und www.brbv-ev.de)
- 2016 Auszeichnung zum 50. Eichwalder Rosenfest mit der
EHRENMEDAILLE FÜR BESONDERE VERDIENSTE
UM DIE GEMEINDE EICHWALDE
durch wissenschaftliche Arbeit in Bürgerinitiativen

- Anl. 1 Schreiben vom 8.Juli 2016 an die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission,
- Anl.2 Schreiben vom 10.Juli 2016 an den Petitionsausschuß des Europäischen Parlaments,
- Anl. 3 Schreiben der Kanzlei BAUMANN RECHTSANWÄLTE Partnerschaftsges. mbB Leipzig vom 5.Juli 2016 an die GD Wettbewerb der Europäischen Kommission, welches unsere vorgen. Schreiben durch relevante Gesetzesstellen und Urteile ergänzt,
- Anl. 4 Auszüge aus dem Vertrag von Lissabon, welche zu vorgen. Schreiben relevant sind (Art. 107 Abs.1 AEUV, Art.108 Abs.3 AEUV und Art.291 Abs.1 AEUV) sowie
- Anl. 5 Offener Brief an die BER-Kreditgeber vom 10.Juli 2016 aus dem BVBB.

EU-Beihilfeverfahrens-Varianten sind demnach

- das "vorläufige Prüfverfahren", welches z.Z. noch läuft und dessen Ergebnis bereits vor der Sommerpause vorigen Jahres des Deutschen Bundestages erwartet wurde, und
- das "Hauptprüfungsverfahren", welches bisher noch nicht einmal eingeleitet wurde.

Die Petentengemeinschaft erhielt vielmehr im Februar 2016 erst eine Stellungnahme der Europäischen Kommission vom 30.Oktober 2015 zu erhobenen Forderungen der Rückabwicklung der vorangegangenen 1,2-Mrd.-€-Beihilfe mit dem Ziel der Genehmigungs-widerrufung.

Als Entscheidungsvarianten der Europäischen Kommission sind deshalb u.E. zu erwarten:

- Aussetzung der Durchführung der Bereitstellung weiterer Mittel für das BER-Projekt bis zu einer Entscheidung der Europäischen Kommission wegen Verstoßens gegen EU-Recht,
- abschlägige Bescheidung des letzten oder beider letzter Beihilfeanträge, sofern hierfür vorgebrachte Argumente als tragend erachtet werden, da sie von den Antragstellern nicht widerlegt werden konnten, oder
- Einleitung eines Hauptprüfungsverfahrens zur tiefgründigeren Überprüfung von Beihilfen.

Die Auswirkungen auf das BER-Projekt wären bei allen drei Varianten gleich: Verabschiedung vom Weiterbau und dem (noch offiziell) geplanten Eröffnungstermin 2017. Dies würde das Erfordernis eines weiteren Beihilfeantrages nach sich ziehen - aber ein solcher ist infolge geplanter Erweiterungsbauten ja ohnehin unumgänglich! Alles ohne PFB-Änderungsrunde oder Neuauflage ?

Ferner könnte die Europäische Kommission eine Privatisierung für erforderlich erachten, was sich aber bei Stattgabe der Anträge der Kanzlei BAUMANN RECHTSANWÄLTE zur Aufrechterhaltung des derzeitigen Berliner Flughafensystems (SXF + TXL) unter Abspaltung einer BER-Projektgesellschaft ohnehin als einzige Alternative für die Gesellschafter auch ohne EU-Aufforderung ergeben würde.

Die Erteilung einer Genehmigung zum aktuellen Beihilfeantrag halten wir aufgrund der Faktenlage zum BER-Projekt sowie der Positionierung der Bundesrepublik zu Finanzproblemen Portugals, Spaniens und Italiens angesichts des BREXIT für sehr wenig wahrscheinlich.

Da die Situation des BER-Projektes für den Landkreis relevant ist, bitten wir Sie um Nachricht, ob Ihnen unsere abschließenden Aktivitäten hierzu ab sofort per E-Mail übermittelt werden sollen, und, wenn ja, an Ihre persönliche E-Mail-Adresse oder die der Kreisverwaltung.

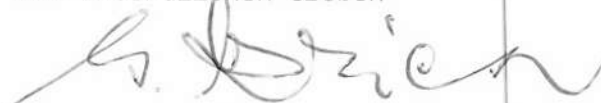
Sofern nur Zugriff bei Bedarf erwünscht ist, kann dieser über

- <http://berlin-brandenburg-21.de> bzw.
- tagaktuell über die Gemeindeverwaltung Eichwalde, Kämmerei, erfolgen.

Wir vertreten die Auffassung, daß die Position der Kreisverwaltung durch aktuelle Unterrichtung bei Verhandlungen gestärkt werden könnte.

Wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der verantwortungsvollen Arbeit des Landkreises in Verbindung mit dem BER-Projekt und verbleiben

mit freundlichen Grüßen



Dr.G.Briese, EICHWALDER BI FÜR FLUGSICHERHEIT,
ECHTEN SCHALLSCHUTZ UND NACHTFLUGVERBOT

5 Anlagen